

#FREIRAUMNETZ – DIE DIGITALE GESELLSCHAFT JUGENDGERECHT GESTALTEN

Unter dem Titel „#FreiraumNetz“ haben die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und die Evangelische Jugend in Deutschland (aej) im Jahr 2017 eine neue Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen. Sie bringt Jugendliche und junge Erwachsene, Aktive aus Jugendbildung und -verbandsarbeit, jugend- und netzpolitisch Interessierte, kreative Produzent*innen und Entscheidungsträger*innen zusammen, um praxis- und lösungsorientiert Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik zu erarbeiten. Dabei werden netzpolitische Themen diskutiert, die den Alltag und die Lebenswelt von Jugendlichen sichtbar betreffen – wie das Spannungsfeld zwischen aktuellem Urheberrecht und der Medienpraxis junger Menschen – aber auch die langfristigen Folgen der Digitalisierung und Datafizierung angesprochen.

Jugend- und Netzpolitik zusammen denken

Wie wir bereits an anderer Stelle argumentiert haben, umfasst Netzpolitik weit mehr als die Gestaltung einer technischen Infrastruktur. Es geht bei diesem Politikfeld um eine Gestaltung der fundamentalen technologisch-sozialen Transformationen unserer Zeit und die Aushandlung von Regeln für die digital vernetzte Gesellschaft. Dazu gehören Fragen der informationellen Selbstbestimmung, eine kritische Auseinandersetzung mit den zugrunde liegenden Geschäftsmodellen der Plattformanbieter, die Vermittlung von Medien- und Digitalkompetenz und vieles mehr. Zugleich muss sich eine zukunftsorientierte Netzpolitik aber auch grundsätzlich kulturoptimistisch mit Digitalisierung auseinandersetzen, um beispielsweise die Potentiale von neuen Partizipations- und Ausdrucksmöglichkeiten durch digitale Medien zu erschließen.¹

Dass die Aushandlung einer Politik für die digitale Gesellschaft dabei nicht ohne die Einbeziehung der jüngeren Generationen erfolgen kann, ist offensichtlich: Die Lebenswelt junger Menschen ist so stark von Informations- und Kommunikationstechnologie durchdrungen, wie die keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Während der Anteil der 14- bis 29-jährigen, die laut Eigenaussage täglich „online“ sind, über 97 % liegt, beträgt er in der Gesamtbevölkerung nur knapp über 72 %. Aussagekräftig ist zudem der Unterschied in der täglichen Nutzungsdauer, die sich mit durchschnittlich 274 Minuten bei den 14-29-jährigen deutlich von der nächst älteren Alterskohorte der 30-49-jährigen mit durchschnittlich 183 Minuten unterscheidet.² Dies verdeutlicht, dass das Leben Jugendlicher und junger Erwachsener nicht mehr mit Medien als externen Apparaten stattfindet, sondern in Medien beziehungsweise in durch Medien konstituierten Zusammenhängen „Media Life“ nennt der niederländische Medienwissenschaftler Mark Deuze dieses Lebensmodell. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Architektur und die Regeln digitaler Medien die Lebenswelt junger Menschen in erheblichem Maße prägen.

DIESES BILD VERLETZT KEIN
URHEBERRECHT

Der 15. Kinder- und Jugendbericht hält dazu treffend fest:

„Jugendliche gestalten in Anwendung und Aneignung von digitalen Medien und Technologien den kulturellen und sozialen Wandel einerseits aktiv mit; sie werden gleichzeitig aber auch gezwungen, die Ermöglichungs- und Disziplinierungsdimensionen von Medieninhalten und Technologien in ihr Leben zu integrieren. Medien sind somit in allen sozialen Bereichen nicht nur als anzueignende Inhalte, Geräte oder technische Netzwerke allgegenwärtig, sondern haben selbst befähigende und disziplinierende Potenziale, die das Handeln beeinflussen.“³ Der Bericht zeigt ausführlich die gewandelten Medienumgebungen und -praktiken auf, weist aber auch auf infrastrukturelle Zumutungen, auf die Herausforderungen an einen jugendgerechten Datenschutz und auf strukturell bedingte sozial ungleiche Zugänge hin.

Er verdeutlicht damit einmal mehr, dass eine aktive Politik gefragt ist, um der umfassenden Vernetzung und Datafizierung des Alltagslebens gerecht zu werden – und der momentan damit verbundenen Kommerzialisierung Grenzen zu setzen: „Notwendig erscheint daher eine gesellschaftliche und insbesondere auch intergenerative Verständigung über Rechte, Werte und Normen in der digitalen Kommunikationskultur. An diesem Diskurs der „Informations- bzw. Netzwerkgesellschaft“ sind nicht nur alle Menschen zu beteiligen, sondern hierfür sind sie auch gleichermaßen und ausnahmslos zu befähigen. Ein digitaler Ermöglichungsraum Jugend erfordert damit insgesamt eine Jugendmedienpolitik, die der Gefahr eines Zwei- oder Mehrklassennetzes vorbeugt und sich als Anwältin von Jugend zur Durchsetzung von Medienbildungsinteressen sieht, Jugend somit eine durchgängige und institutionenübergreifende digitale Teilhabe ermöglicht und sie aktiv in die Gestaltung der Kommunikationskultur einbezieht.“⁴

Ganz in diesem Sinne zielen die jugend- und netzpolitischen Foren darauf ab, Themen ausgehend vom Medienhandeln Jugendlicher kritisch zu beleuchten und konkrete Forderungen für Jugend- und Netzpolitik zu formulieren. Sie verstehen sich dabei auch als Werkstätten, um Impulse für die stärker werdende Fachdebatte in diesem Feld zu liefern, die in jüngster Zeit auch durch das Impulspapier „Digitale Agenda für eine lebenswerte Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)⁵ oder den Deutschen Bundesjugendring aufgegriffen wurde.⁶ Auch die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss politische Bildung (bap) e. V. hat dieser Debatte in ihrem Fachforum im Rahmen des 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages unter dem Titel „Die digitale Gesellschaft gemeinsam gerecht gestalten“ einen Raum gegeben.⁷

Jung, kreativ, illegal? Urheberrecht und Datenschutz jugendgerecht gestalten

Das Jugend- und Netzpolitische Forum 2017 in der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V. nahm sich insbesondere der Frage an, welche Regelungen und Reformen notwendig sind, um das Urheberrecht und den Datenschutz jugendgerecht weiterzuentwickeln. Die digitale Gesellschaft und die kreative Mediennutzung Jugendlicher sind ohne das Kopieren, Speichern, Modifizieren und Teilen von Inhalten heute nicht mehr denkbar. Wir alle können dank digitaler Medien heute einfacher als je zuvor Inhalte herstellen und verbreiten. Gerade die Lebenswelt junger Menschen ist dabei von der Sharing- und Remixkultur des Netzes geprägt, auch wenn das Urheberrecht zum Schutz „geistigen Eigentums“ diesem freien Umgang mit immateriellen Kulturgütern oft entgegensteht. Gleichzeitig machen es die zunehmende Datafizierung des eigenen Lebens und die Normalisierung des Geschäftsmodells „kommerzielle Überwachung“ den Nutzer*innen schwer, zu überblicken und zu bestimmen, wer welche Informationen über sie speichert und verwertet. **Das Leben junger Netzbürger*innen ist also einerseits geprägt durch rechtliche Beschränkungen im kreativen Umgang mit immateriellen Kulturgütern und andererseits durch einen informationellen Kontrollverlust.**

Diesem Spannungsfeld näherten sich die Teilnehmer*innen des Jugend- und Netzpolitischen Forums 2017 zunächst mit der Referentin Valie Djordjevic von der Urheberrechtsplattform „iRights.info“ über praktische Beispiele aus dem Alltag an. Es galt zu klären, was nach derzeitiger Rechtslage erlaubt, verboten oder auch unklar ist. Schnell wurde dabei deutlich, wie viele rechtliche Graubereiche es gibt und wie viele tägliche Handlungen derzeit potentiell illegal sind.

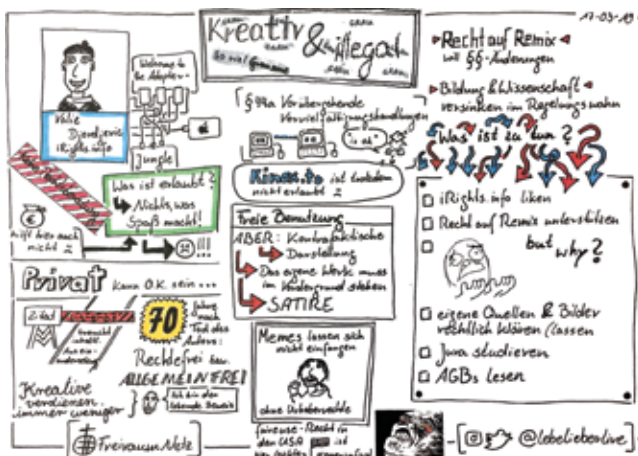
Auf sozialen Netzwerken verbreiten wir beispielsweise täglich Links, Bilder und Teaser. Musik, Videos, Texte und Bilder begegnen uns als Remixe und Mash-Ups, also die Kombination bereits bestehender Inhalte, in immer neuen Variationen. Kurze Clips oder Gifs finden innerhalb kürzester Zeit große Verbreitung und werden zu Memes, die jede*r kennt. Sofern nicht unter offenen Lizenzen veröffentlicht, dürften viele dieser Inhalte nach geltendem Recht jedoch nicht ohne weiteres kopiert, bearbeitet oder weiterverbreitet werden. Das gilt für das Erstellen von Memes genauso wie für das Unterlegen der Fotos einer Sommerfreizeit mit einem angesagten Popsong. Ob und in welchem Rahmen auch ungefragt Remixe kurzer Musik-Sequenzen gestattet sind, ist beispielsweise Gegenstand diverser Gerichtsverfahren. Die Tagungsteilnehmenden haben sich daher auch auf die Suche nach Ansätzen dafür gemacht, wie die Medienpraxis junger Menschen entkriminalisiert und die übermäßige Einschränkung der kreativen Arbeit mit Medien in außerschulischer Bildung und Jugendarbeit beendet werden können, ohne einer unfairen Kostenloskultur das Wort zu reden. Wie die Forderungen des Netzpolitischen Forums belegen, muss an dieser Stelle weiter über die Einführung einer *fair-use*-Regel oder von Bildungsschranken diskutiert werden. Unter *fair use* (Angemessene Verwendung) versteht man eine Ausnahmeregel, die „bestimmte, nicht autorisierte Nutzungen von geschütztem Material zugesteht, sofern sie der öffentlichen Bildung und der Anregung geistiger Produktionen dienen“.⁸ Eine Bildungsschranke würde vor allem dazu dienen, Rechtssicherheit und größtmögliche Freiheit für den Einsatz von urheberrechtlich geschützten Materialien zu Bildungszwecken zu schaffen, unabhängig davon ob dies in einem formellen oder informellen Bildungssetting, an Schulen, Universitäten oder in der außerschulischen Bildung geschieht.⁹

Der im Rahmen des Forums durchgeführte Workshop von Kristin Narr „Wissen teilen – Kontrolle abgeben“ verdeutlichte aber auch die Mitverantwortung von Medienpädagog*innen, politischen Bildner*innen und anderen Lehrenden: Um verstärkt die Potentiale digitaler Medien zu nutzen, um kostenfrei und unkompliziert Lernmaterialien teilen, weiterentwickeln und verbreiten zu können, sollte diese Gruppe verstärkt Materialien unter freie Lizenzen stellen und sich die Entwicklung von „Open Educational Resources“ (OER) zum Ziel setzen. Öffentliche und private Fördergeber müssten eine solche Entwicklung befördern, indem sie die Entwicklung von OER gezielt unterstützen. Florian Glatzner von der Verbraucherzentrale Bundesverband zeigte in seinem Workshop „F*** Datensparsamkeit – Wir wollen Kontrolle“ auf, wie schwierig es für Nutzer*innen ist, durch eigenes Verhalten zu steuern, welche Daten über sie produziert und wie diese verwertet werden. In den Diskussionen der Teilnehmenden wurde daher eine starke Forderung nach gesetzlichen Rahmenbedingungen laut, die einen effektiven Schutz vor der systematischen Auswertung personenbezogener Daten schaffen; so zum Beispiel ein komplettes Verbot des Trackings von Minderjährigen sowie eine jugendgerechte und verständliche Gestaltung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB). Bewusstsein für die Auswertung und Nutzung von Daten zu schaffen und eine kritische Haltung bei Jugendlichen und Multiplikator*innen zu stärken, sahen die Teilnehmer*innen als Daueraufgabe für die schulische und außerschulische politische Bildung. Wünschenswert sei auch ein entsprechendes Modul für die Jugendleitercard- Ausbildung (JuLeiCa). Konkrete Formate wie z.B. Cryptoparties zur Vermittlung grundlegender Verschlüsselungs- und Verschleierungstechniken sind längst entwickelt, sollten aber noch stärker in die Breite getragen werden.

Nicht zuletzt wurde in den Debatten aber auch die Forderung nach kreativen Formaten deutlich, um politischen Druck aufzubauen, eigene Handlungsmöglichkeiten zu nutzen und das Problembewusstsein in Fachöffentlichkeit und Politik zu schärfen. Eine weitreichende Idee hierfür war etwa das Ausschreiben eines Preises für das beste „illegalisierte Werk“ oder eine Kampagne zu *fair use*, um Grauzonen im Urheberrecht bunt zu machen. Die Nutzung von Memes etwa könne bewusst als „ziviler Urheberrechtsungehorsam“ kommuniziert werden. Auch in Sachen informationeller Selbstbestimmung müssten Kirchen, Verbände und Verwaltungen mehr Verantwortung übernehmen, indem sie eine datenschutzfreundliche Infrastruktur, Verschlüsselung und sichere Browser in ihrem eigenen Wirkungsbereich zum Standard machen und bei Bedarf auch für Ehrenamtliche finanziell ermöglichen.

Ausblick: Regeln für ein faires Netz

Die Vielzahl der sehr konkreten und kreativen Forderungen verdeutlicht, wie produktiv eine praxisorientierte Auseinandersetzung an der Schnittstelle von Jugend- und Netzpolitik für die Debatte über die politische Gestaltung der Digitalisierung ist. Im Jahr 2018 wird die Veranstaltungsreihe daher von den beteiligten Akteuren in Kooperation mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau fortgeführt. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen dann insbesondere die Verantwortung jeder einzelnen Nutzerin/jeder einzelnen Nutzers und die Verantwortung der Organisationen, durch bewusstes Handeln zu einer fairen Gestaltung der Digitalisierung beizutragen. Dies umfasst die Frage nach fairer Hardware, also der Gestaltung von Produktions- und Vertriebswegen, fairer Software, inklusive der dahinter liegenden Geschäftsmodelle, und *fair use* als Alternative zum Urheberrecht. Darüber hinaus soll es aber auch um die persönliche Verantwortung gehen, in digitalen Kommunikationsräumen entsprechend der eigenen Reichweite zu einem fairen Umgang beizutragen.



Forderungen von Teilnehmer*innen auf dem Jugend- und Netzpolitischen Forum „#FreiraumNetz – jung, kreativ, illegal?“ in Wittenberg

Kontrolle abgeben:

- Die digitalen Kulturtechniken MashUp und Remix müssen legalisiert werden. Eine *fair-use*-Regel und/oder eine Bagatellschranke sollte die Nutzung von urheberrechtlich geschütztem Material in der öffentlichen Bildung und zur Anregung geistiger Produktionen erlauben.
 - Für alle Bildungsbereiche, auch für die außerschulische, non-formale Bildung muss es weitreichende Ausnahmen vom Urheberrecht geben #Bildungsschranke.
 - Als Jugendverbände und Fachkräfte der Jugendarbeit wollen wir politischen Druck aufbauen und das Problembewusstsein schärfen. Wir fordern zu einem zivilen #UrheberrechtsUngehorsam auf!
 - Zwei konkrete Ideen für kreative Formate: Wir wollen die Grauzonen im Urheberrecht bunt machen, zum Beispiel mit einer Meme-Kampagne für *fair use* #fairusedochmal, die die derzeitige Rechtslage sichtbar macht. Und wir fordern einen Preis für das beste „illegalisierte Werk“.
 - Wir treten Regelungen entgegen, die Alltagskreativität und digitale Freiheit noch weiter einschränken würden, etwa Angriffe auf die Linkfreiheit oder Ideen für verpflichtende automatisierte Uploadfilter im Rahmen der aktuellen EU-Urheberrechtsreform.
- #FreiraumNetz: Digitale Medien bieten große Chancen für eine neue Kultur, kollaborativ und kreativ Bildungsressourcen zu erstellen. Als Fachkräfte der außerschulischen Bildung und der Jugendpolitik setzen wir uns für die Verbreitung und Förderung von freien Inhalten ein. Sie bieten eine Lösung für urheberrechtliche Probleme, fördern Kooperation und Austausch – und ermöglichen es, gemeinsam gute Inhalte dauerhaft zur Verfügung zu stellen.
 - Öffentliche Geldgeber sollten aktiv die Erstellung von Open Educational Resources in allen Bildungsbereichen fördern, inklusive der außerschulischen Jugendbildung, go #OER.
 - Wir setzen uns dafür ein, verstärkt Creative Commons-Lizenzen zu nutzen.

Kontrolle zurückgewinnen:

- #FreiraumNetz: Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung müssen zu einem festen Bestandteil von politischer Jugendbildung und Jugendpolitik werden. Denn Jugendliche sind als aktive Nutzer*innen in besonderem Maße von staatlicher und kommerzieller Überwachung betroffen.
- Wir fordern einen effektiven Schutz vor der systematischen Auswertung personenbezogener Daten. Mit Blick auf die derzeitige ePrivacy-Reform fordern wir, das Tracking von Minderjährigen komplett zu verbieten.
- AGBs müssen jugendgerecht und verständlich formuliert werden!
- In unserer Arbeit wollen wir Bewusstsein schaffen und Haltung stärken, z.B. durch Sensibilisierung für #BigData und Datensparsamkeit, digitale Selbstverteidigung, Verschlüsselungskompetenz, Cryptoparties in vielfältigen Angeboten der außerschulischen Bildung, der Medienpädagogik und in der JuLeiCa-Ausbildung.
- Kirchen, Verbände und Verwaltungen müssen Verantwortung übernehmen: Versorgt uns mit einer datenschutzfreundlichen Infrastruktur! Zahlt Haupt- und Ehrenamtlichen zum Beispiel die Verwendung von Threema als datenschutzfreundlicher Alternative zu WhatsApp, fördert E-Mail-Verschlüsselung und sichere Browser.
- Lasst uns kreativ werden: Durch digitales Fasten, Big-Data-Verwirrung #Brunsbüttel.

1. Vgl. Dachwitz, Ingo; Jantschek, Ole (2015): Aufwachsen mit dem digitalen Wandel – Impulse für eine jugendgerechte Netzpolitik, in: Jantschek, Ole; Waldmann, Klaus (Hrsg.): Bildungsziel: Mitmischen. Politische Jugendbildung stärkt Beteiligung. Jahrbuch der gesellschaftspolitischen Jugendbildung 2015, S. 52-63. Online verfügbar: <http://www.evangelische-akademien.de/wp-content/uploads/2015/11/Jugendgerechte-Netzpolitik-Dachwitz-Jantschek-2015.pdf>. Zugriff: 14.11.2017.
2. Vgl. ARD/ZDF-Medienkommission: ARD/ZDF-Onlinestudie 2017. Online verfügbar: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>. Zugriff: 14.11.2017.
3. 15. Kinder- und Jugendbericht (2017). Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode. Drucksache 18/11050, S. 273. Online verfügbar: <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>. Zugriff: 14.11.2017.
4. a.a.O., S. 327.
5. BMFSFJ (2017): Digitale Agenda für eine lebenswerte Gesellschaft. Online verfügbar: <https://www.bmfsfj.de/blob/117116/662f7894a9e2c98fa80cd07b248d12e3/impulspapier-digitalisierung-data.pdf>. Zugriff: 14.11.2017.
6. Vgl. „Smart Youth Work: Jugendverbände als Motor der „Digitalen Agenda für eine lebenswerte Gesellschaft“ mit Förderprogramm ausstatten“. Beschluss der DBJR-Vollversammlung am 27./28. Oktober 2017. Online verfügbar: https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/vv2017/DBJR-Beschluss-smartyouthwork.pdf. Zugriff: 14.11.2017.
7. Vgl. Tagungsbericht unter: <https://www.adb.de/news/digitale-gesellschaft-gemeinsam-gerecht-gestalten-gemini-fachforum-djht-2017>. Zugriff: 14.11.2017.
8. Vgl. Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Fair_Use. Zugriff: 14.11.2017.
9. Vgl. „Was eine Bildungsschranke leisten müsste: Vier Grundsätze“. Online verfügbar: <https://irights.info/artikel/was-eine-bildungsschranke-leisten-muesste-vier-grundsaeetze/26938>. Zugriff: 14.11.2017.

Ingo Dachwitz ist Redakteur bei netzpolitik.org. Ole Jantschek ist Pädagogischer Leiter der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): *Getrennte Wirklichkeiten? Demokratiebildung in Zeiten von Filterblasen und gesellschaftlicher Polarisierung. Jahrbuch 2017*. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 46-53.*
www.politische-jugendbildung-et.de